

**Kantonsrat***Parlamentsdienste*

*Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch*

**Medienmitteilung****BIKUKO ist mit Regierung einverstanden**

**Solothurn, 4. April 2011 – Die kantonsrätliche Bildungs- und Kulturkommission (BIKUKO) ist sich mit dem Regierungsrat bei allen zu bearbeitenden Aufträgen aus ihrem Bereich einig. Diese betreffen verschiedene Bereiche der schulischen Ausbildung.**

Die BIKUKO ist dem Regierungsrat gefolgt und hat einen überparteilichen Auftrag abgelehnt, der vom Kanton künftig einen finanziellen Beitrag an bewilligte Privatschulen der obligatorischen Schulzeit verlangte. Man hat sich damit klar für die öffentliche Volksschule ausgesprochen, die den Schülern eine qualitativ hochstehende Ausbildung bietet. Die Volksschule weist ein breites und vielfältiges Angebot auf und ist stets am Puls der Schulentwicklung.

Der Auftrag von Hans Rudolf Lutz (SVP, Lostorf) wollte eine Änderung des Volksschulgesetzes, indem der Dialekt verbindlich und ohne Ausnahme als Unterrichtssprache für den Kindergarten festgelegt wird. Die Kommission folgte dem Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung. Die Kinder begegnen bereits im Vorschulalter der gesprochenen Standardsprache, sei es über Kindersendungen und Filme im Fernsehen, beim Spielen mit CD-Roms oder beim Geschichtenvorlesen der Eltern. Es soll der Lehrperson im Kindergarten überlassen werden, wann die Standardsprache Anwendung finden soll, jedoch möchte man nicht eine weitere Reglementierung.

Die Fraktion CVP/EVP/glp forderte mit einem Auftrag eine Gleichbehandlung der Schulträger bei der progymnasialen und gymnasialen Ausbildung. Damit soll erreicht werden, dass die Schulgelder für diese Ausbildung so auszugestalten sind, dass den Gemeinden unabhängig vom Schulort dieselben Kosten für dieselbe Ausbildung entstehen. Der Regierungsrat erklärte diesen Auftrag als erheblich, er hat sich jedoch vorerst für eine Prüfung der Gleichbehandlung ausgesprochen. Das Anliegen ist bei den Kommissionsmitgliedern auf ein positives Echo gestossen, und sie haben diesem Antrag ebenfalls zugestimmt.

Ein weiterer Auftrag beschäftigte sich mit der Reform auf Sekundarstufe 1. Die Fraktion "FDP.Die Liberalen" forderte eine konsequente Umsetzung dieser Reform, mit einer Unterstellung aller Sekundarschulen P dem Amt für Volksschule (AVK) und mit einer Entschädigung der Lehrkräfte nach einem einheitlichen Modell auf der Sekundarstufe 1. Die Kommission folgte dem Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung. Man verzichtet sowohl auf organisatorische Änderungen als auch auf eine einheitliche Besoldung der Lehrkräfte.

Ein überparteilicher Auftrag befasste sich mit dem geordneten Stopp des Projekts Spezielle Förderung (Integration) an den solothurnischen Schulen. Der Regierungsrat erklärte diesen als nichterheblich. Es besteht auf der Planungsebene kein zwingender Bedarf für einen generellen Stopp. Dieser Meinung schlossen sich auch die Mitglieder der BIKUKO an. Das Projekt wurde neu überarbeitet und angepasst.